

RAT DER STADT BIELEFELD**Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 04.05.2017****Zu Punkt 4.1 Öffnungszeiten der Bürgerberatungen**Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 4720/2014-2020
4722/2014-2020
4751/2014-2020
4775/2014-2020
4780/2014-2020

Herr Schatschneider (Fraktion Die Linke) begründet den Antrag seiner Fraktion (Text s. nachfolgende Abstimmung). Wie bereits im Jahr 2013 habe seine Fraktion Unterschriften gesammelt, um gegen die Schließung der Nebenstelle der Bürgerberatung in Brake vorzugehen. Nach Reduzierung der Öffnungszeiten habe sich schnell gezeigt, dass die Kürzungen unrealistisch und unzumutbar seien. Berufstätige seien gezwungen, aufgrund fehlender Öffnungszeiten am Nachmittag Urlaub zu nehmen, andere Personen müssten lange Wartezeiten (tw. bis zu 6 Stunden) in Kauf nehmen. Er kritisiert, dass bei der Evaluation die Beschwerden der Menschen mit Einschränkungen keine Erwähnung fänden und das Online-Angebot unzureichend sei, da man trotzdem eine Beratungsstelle aufsuchen müsse. Außerdem sei die Befragung zur Evaluation zwei Wochen vor den Weihnachtsferien und damit in einem nicht aussagekräftigen Zeitraum durchgeführt worden. In der Bürgerberatungsstelle in Heepen seien die Fälle um 70% gestiegen, was nach dortiger Kürzung der Öffnungszeiten und bei gleichbleibender Personalstärke nicht leistbar sei. Bei den Maßnahmen gebe es nur Verlierer und seine Fraktion stelle sich zudem die Frage, wie die von den Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich zu fahrenden Kilometer mit den Klimaschutzziele vereinbar seien. Seine Fraktion fordere den Oberbürgermeister auf, die alten Öffnungszeiten umgehend wieder einzuführen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion (Text s. nachfolgende Abstimmung). Da Bielefeld eine Flächenstadt sei, sollte jeder Stadtteil gut angebunden und der Bürgerservice möglichst ortsnahe und zeitnah angeboten werden. Der Vorteil der Einsparung von 175.000 Euro stehe in keinem Verhältnis zu den Nachteilen, die die Bürgerinnen und Bürger zu tragen hätten. Auch die Relation zu anderen Maßnahmen sehe er nicht als gegeben an. So seien zwei neue Stellen für die Radewegplanung geschaffen und ein Gewerbesteuerprüfdienst eingerichtet worden und ein Haus der Wissenschaft mit Kosten von 1 Mio. Euro stünde zur Diskussion. Die Grundsteuer sei zu Lasten aller Bürgerinnen und Bürger erhöht worden und obwohl erhebliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen seien, wolle der

Oberbürgermeister die Einsparungen bei den Bürgerberatungsstellen nicht zurücknehmen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern entstehe so ein schlechter Eindruck und er appelliere daher an den Oberbürgermeister, die Einsparmaßnahmen zu beenden.

Frau Becker (BfB-Fraktion) geht auf den Antrag ihrer Fraktion (Text s. nachfolgende Abstimmung) ein. Zu den negativen Auswirkungen der gekürzten Öffnungszeiten verweist sie auf die Ausführungen ihrer Vorredner. Die Servicekürzung sei zu einem falschen Zeitpunkt vorgenommen worden, da die Sanierung der zentralen Bürgerberatung angestanden habe und die angekündigten bürgerfreundlichen Neuerungen noch nicht umgesetzt seien. Ihre Fraktion stelle den Antrag, wenigsten an einem Nachmittag in der Woche die Bürgerberatungsstellen zu öffnen, damit Berufstätige und ältere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hätten, ihre Anliegen vorzubringen. Entgegen dem Prinzip der Bürgernähe sei der Antrag von 12.000 Bürgerinnen und Bürgern, die alten Öffnungszeiten wieder einzuführen, abgelehnt worden. Die Koalition kürze den Service, gebe auf der anderen Seite aber unnötige 100.000 € für Ökostrom mit Auszeichnung aus.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) begründet den gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten (Text s. Beschluss). Die Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerberatungsstellen sei eine von vielen HSK-Maßnahmen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen und der Koalition sei bewusst, dass damit auch Einschränkungen verbunden seien. Verantwortung zu übernehmen, bedeute auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Natürlich nehme die Koalition die Rückmeldungen aus den Bezirken und von den Bürgerinnen und Bürgern ernst. Allerdings sei der Zeitpunkt für eine evtl. Änderung der HSK-Maßnahme jetzt nicht der richtige. Die Koalition wolle erst die Auswirkungen der Neueröffnung der Bürgerberatung in Mitte und der neu eingeführten Techniken (E-Payment-System) abwarten. Daher sollte eine weitere Evaluation zu Beginn des Jahres 2018 dem Rat vorgelegt werden.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erinnert daran, dass die Öffnungszeiten aufgrund des Hinweises der Gemeindeprüfanstalt, dass Bielefeld über dem Angebot anderer Städte liege, geändert worden seien. Es mache Sinn abzuwarten, wie sich der Betrieb der neuen Bürgerberatungsstelle in Mitte mit neuer Technik auf die Außenbezirke auswirke. Sofern man ohnehin mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer Bürgerberatungsstelle fahren müsse, könne es sinnvoll sein, statt der Bürgerberatungsstelle im jeweiligen Stadtbezirk die zentrale Bürgerberatung in der Innenstadt aufzusuchen. Die neue Technik ermögliche andere Arbeitsweisen und auch über eine mobile Bürgerberatung müsse ggf. nachgedacht werden.

Herr Schlifter (FDP-Gruppe) begründet den Antrag seiner Gruppe (Text s. nachfolgende Abstimmung). Seine Gruppe sei der Auffassung, dass eine verbindliche Projektplanung erfolgen müsse, die die einzelnen Prozesse mit entsprechender Terminsetzung abbilde. Die neuen Onlineangebote müssten zeitnah mit Eröffnung der neuen Bürgerberatung in Mitte starten und deshalb sollten ggf. externe Fachleute hinzugezogen werden. Als Sofortmaßnahme sollte in einer Außenfiliale der Bürgerberatung die

Terminvereinbarung getestet werden. Nach einer gewissen Zeitspanne sollten dann die Filialstruktur und die Öffnungszeiten überprüft und organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Insofern stimme seine Gruppe dem Vorschlag der Koalition zu. Auch sollte eine Zusammenlegung der Bezirke und Bezirksämter in die Überlegungen miteinbezogen werden. Dem Antrag der BfB-Fraktion sollte nachgekommen und wenigstens übergangsweise die Nachmittagsöffnung eingeführt werden.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag der Koalition, mit dem das Problem lediglich zeitlich verschiebe, nicht zustimmen werde. An Herrn Schlifter gewandt, mahnt er, das Thema der Zusammenlegung von Bezirken nicht mit der Frage der Bürgerberatungen zu vermengen. Er weist erneut darauf hin, dass bei einer Vielzahl von Sachverhalten eine persönliche Vorsprache erforderlich sei und eine Digitalisierung insofern nicht alle Probleme lösen könne.

Herr Schatschneider (Fraktion Die Linke) betont nochmals, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Politik, aber auch die Mitarbeiter/-innen die alten Öffnungszeiten wünschten. Das Onlineangebot sei ungeeignet für ältere oder behinderte Menschen sowie für Sachverhalte, bei denen eine Unterschrift oder eine persönliche Beratung erforderlich seien.

Frau Becker (BfB-Fraktion) erinnert daran, dass anlässlich der Auflösung der Bezirksämter Dornberg und Gadderbaum ausdrücklich vereinbart worden sei, dass der Bürgerservice vor Ort erhalten bleibe.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.04.2017:

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, den alten Stand der Öffnungszeiten der Bürgerberatungen wieder herzustellen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2017:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Reduzierung der Öffnungszeiten in den Bürgerberatungen zurückzunehmen und insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Bürgerservice durch Ausweitung der Öffnungszeiten auf den Stand von 2015 zu verbessern.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der BfB-Fraktion vom 27.04.2017:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, neben den sechs bereits an mindestens einem Nachmittag geöffneten Bürgerberatungen ein ebensolches Angebot für die 5 verbliebenen Bürgerberatungen zu realisieren.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der FDP-Gruppe vom 02.05.2017:

- (1) Der Rat bittet den Oberbürgermeister, stärker, schneller und zielstrebig als bislang auf den Ausbau von Online-Angeboten in der Bürgerberatung zu setzen. Der Rat bittet um Unterrichtung des Haupt- und Beteiligungsausschusses zum Fortgang der Arbeiten des IBB mit konkretem Zeitplan und der Auflistung der betreffenden, zukünftig dann über das Internet durchführbaren Prozesse in seiner nächsten Sitzung.
- (2) Der Rat regt an, dass in mind. einer Filiale der Bürgerberatung eine Terminvergabe an einem Öffnungstag pro Woche pilotiert wird, um dies ggf. auf alle Filialen auszuweiten.
- (3) Zu prüfen ist zudem, inwieweit die Einbindung externer Anbieter die Realisierung von Lösungen beschleunigen kann. Auch hierzu erbittet der Rat einen Bericht an den Haupt- und Beteiligungsausschuss in dessen nächster Sitzung.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, alsbald eine neuerliche Evaluation der Besucherzahlen und Wartezeiten aller Bürgerberatungen vorzunehmen, welche die Erfahrung mit der im Sommer neueröffneten Bürgerberatung in Mitte sowie das e-payment-System berücksichtigt. Diese ist dem Rat Anfang des Jahres 2018 vorzulegen.

- mit Mehrheit beschlossen -
